Beschlussvorlage der Verwaltung

Fachgebiet 01
Aktenzeichen: 01.02.06
Vorlage Nr.: BV/2109/2024

Freigabedatum:
XX.XX.XXXX

Vorlage für die Sitzung			
Rat	Entscheidung	15.04.2024	öffentlich

Beratungsgegenstand: **Zuständigkeitsordnung der Stadt Rheinbach;
u. a. Neuregelung der Vergabezuständigkeiten in den Gremien**

Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:
keine

Haushaltsmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:
keine

Beschlusscontrolling:
Die Beschlussvorlage ist nicht für das Beschlusscontrolling vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die 2. Änderung der Zuständigkeitsordnung entsprechend der in der Synopse vorgelegten Fassung.

Erläuterungen:

Die Stadt Rheinbach arbeitet in unterschiedlichen Handlungsbereichen mit Dritten zusammen, um den vielfältigen Aufgaben sowohl quantitativ als auch qualitativ nachzukommen. Die Beauftragung von Dritten richtet sich dabei grundsätzlich nach den kommunalen vergaberechtlichen Bestimmungen. In organisatorischer Hinsicht stellt die Stadt Rheinbach die vergaberechtskonforme Abwicklung von Auftragsvergaben sicher durch eine zentrale Vergabestelle, eine Dienstanweisung Vergabe und vergaberechtskonforme Verfahren, bei denen auch das Rechnungsprüfungsamt eingebunden ist.

Durch die Flutkatastrophe in 2021 und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 (mit u.a. folgenden Folgen: Anstieg der Anzahl Geflüchteter, Inflation, Explosion der Bau- und Materialkosten...) unterliegen Auftragsvergaben der öffentlichen Hand einer neuen Dynamik insbesondere in zeitlicher Hinsicht. Es ist erforderlich geworden sehr zügig auf seriöse Auftragsangebote (unter Einhaltung der Vergabebestimmungen) zu reagieren, um nicht Gefahr zu laufen, Material oder Dienstleistungen an andere Auftraggeber zu verlieren.

Die aktuelle Praxis der Stadt Rheinbach, dass gemäß § 6 der Hauptsatzung, der Haupt- und Finanzausschuss über die Vergabe von Aufträgen von mehr als 100.000 € und bei Nachtragsaufträgen von mehr als 40.000 € entscheidet, sollte daher modifiziert werden. Nur so kann die Stadt Rheinbach weiter gut konkurrenzfähig im Wettbewerb um wichtige Drittleistungen bleiben.

Auch vor dem Hintergrund, dass nach ordnungsgemäßer Durchführung des Vergabeverfahrens der Auftrag an den Anbieter zu vergeben ist, der das wirtschaftlichste Angebot vorgelegt hat, und insofern kein politischer Entscheidungsspielraum mehr bleibt, wird eine Änderung der Zuständigkeiten wie folgt empfohlen. Hinsichtlich der Kontrolle rechtmäßigen Verwaltungshandelns wird darauf verwiesen, dass der Rat zu diesem Zweck auf das Rechnungsprüfungsamt zurückgreifen kann, welches ab einer Wertgrenze von 30.000 € netto und bei Nachträgen von 15.000 € netto grundsätzlich in die Vergabeprozesse eingebunden ist.

Durch das auch von der Gemeindeprüfungsanstalt empfohlene geänderte Verfahren werden folgende Ziele angestrebt:

Effizienzsteigerung durch Geschäftsprozessoptimierung!

- **Das Verfahren wird schlanker im Sinne von schneller.**
- **Die Gremien werden zu einem Zeitpunkt einbezogen, wenn es noch Entscheidungskompetenzen gibt.**
- **Vergabestelle und Rechnungsprüfungsamt übernehmen Kontrollfunktionen.**
- **Der Service gegenüber Auftragnehmern wird erhöht!**

Änderung der Vergabezuständigkeiten

Die Gremien (Fachausschüsse) der Stadt Rheinbach sollten künftig frühzeitiger beteiligt werden und über den grundsätzlichen Bedarf bzw. die Notwendigkeit zur Einleitung eines Vergabeverfahrens entscheiden. Dies ist auch insofern konsequent, da zu diesem frühen Zeitpunkt noch Steuerungsmöglichkeiten bestehen. Die vergaberechtskonforme Abwicklung des Vergabeverfahrens und spätere Auftragserteilung werden auf den Bürgermeister übertragen.

Der als Anlage beigefügten Synopse sind die abgestimmten Änderungen in der Zuständigkeitsordnung zu entnehmen.

Die Beschlussvorlagen für die Gremien werden entsprechend der ab 1. Mai 2024 veränderten Zuständigkeiten angepasst. Für die Übergangsphase werden die Vergabeverfahren, die vor dem 1. Mai 2024 eingeleitet wurden, nach der bei Einleitung des Vergabeverfahrens gültigen Zuständigkeitsordnung abgewickelt.

Weitere Anpassungen der Zuständigkeiten

- Das Verfahren zum Umgang mit Bürgeranträgen wird redaktionell konkretisiert. Die entsprechenden ergänzenden Regelungen sind in der Synopse zur Zuständigkeitsordnung in § 3 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 2 dargestellt und der Verweis in Absatz 3 korrigiert.
- In § 17 - Ausschuss für Umwelt und Mobilität - wird bei den Entscheidungsrechten das Wort „Landschaftsgesetzes“ durch „Landesnaturchutzgesetzes“ ersetzt.
- § 18 - Zuständigkeiten, die auf den*die Bürgermeister*In übertragen sind - wird um folgenden Absatz 11 ergänzt: „Erwerb, Verkauf und Tausch von Grundstücken bis zu einem Wert von 10.000 €, soweit es sich nicht um ein Grundstück von strategischer Bedeutung für die Stadtentwicklung handelt.“

Anlage:

Synopse zu Änderungen in der Hauptsatzung und der Zuständigkeitsordnung der Stadt Rheinbach